

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20 – Bericht über Zusammenarbeit mit Hamburg und die Möglichkeit des Nordstaats

Dazu sagt der Vorsitzende der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Karl-Martin Hentschel:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 509.07 / 12.12.2007**

## **Nordstaat: Das Parlament ist gefordert!**

Meine Fraktion unterstützt die Bemühungen der Landesregierung um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. In der im Oktober veröffentlichten Studie des Instituts für Weltwirtschaft ist zu lesen:

„Ein Kooperationspotenzial ist jedenfalls vorhanden, es liegt an den politischen Entscheidungsträgern beider Länder, die Chancen für eine gemeinsame Wirtschaftsregion auch zu nutzen.“ Ich fasse zusammen: Die Chancen sind vorhanden - eine engere Kooperation beider Länder lohnt sich. Es liegt jetzt an den politischen EntscheidungsträgerInnen.

Wenn jetzt die Ministerpräsidenten sich aufmachen, Entscheidungen zu treffen, die irgendwann in der Zukunft zu einem Nordstaat führen können, dann ist das lobenswert! Aber: Das reicht nicht aus.

Denn letztlich ist es unsere Aufgabe als ParlamentarierInnen, bei so grundlegenden Fragen unseres Landes mitzudenken, Konzepte zu entwickeln und die Weichen zu stellen. Die Fragen wie ein Nordstaat aussehen soll, wie er erreicht werden kann und wie dies den Bürgerinnen und Bürger kommuniziert werden soll, sind nicht einfach zu beantworten.

Die Studie des Instituts für Weltwirtschaft macht deutlich, dass nicht alle BürgerInnen in Schleswig-Holstein so euphorisch sind wie unser Ministerpräsident. Gerade die Menschen im Norden, in den von Hamburg fernen Regionen sind unsicher, ob ihnen eine größere Kooperation mit Hamburg wirklich nützt.

Viele Menschen haben auch Angst, ihre Identität zu verlieren. Wenn der Nordstaat gelingen soll, ist es deshalb notwendig, dass er auf einer breiten Zustimmung des ganzen Parlaments und der Menschen von Hamburg und Schleswig-Holstein beruht.

Der Nordstaat ist kein Weg zum Standesamt, wie es der Ministerpräsident kürzlich sagte. Dann könnte das Brautpaar von Beust und Carstensen gerne alleine entscheiden und seiner Liebe frönen.

Nein, es ist vielmehr eine Fusion zweier Vereine, die trotz der Nachbarschaft sehr unterschiedlich in Mentalität, Spielkultur und Ressourcen sind. Gerade deswegen ergänzen wir uns hervorragend – aber gerade deshalb wird es auch viele Widerstände geben. Und mit Sicherheit werden dabei Jede und Jeder mitreden wollen.

Es wird allerhöchste Zeit, dass das Parlament sich in die Fusionsverhandlungen einmischt. Meine Fraktion hat bereits im letzten Jahr einen Antrag vorgelegt, einen Masterplan für den Nordstaat in Angriff zu nehmen. Ein guter Hebel dafür könnte eine Enquete-Kommission sein, die von den beiden Parlamenten von Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam eingesetzt werden sollte.

Dort könnten dann alle Fragen dieses schwierigen Prozesses, die Finanzfragen, die Probleme der Wirtschaft, der Raumordnung, der Verwaltungsstruktur und letztlich auch die Einigung auf die gemeinsame Hauptstadt gemeinsam abgearbeitet werden.

Ich habe bislang noch keinen Antrag dazu eingebracht – denn mir ist dieses Thema zu wichtig, um es parteipolitisch kaputt zu reden. Ein Antrag zur Einrichtung einer Enquete-Kommission sollte möglichst ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen sein.

Ich würde mich freuen, wenn es dazu kommt. Denn es kann nicht sein, dass dieses Parlament in einer der zentralen Fragen der Zukunft dieses Landes den Vogel Strauß spielt und den Kopf in den Sand steckt.

\*\*\*